

## Diskussionsforum Gutachten

(Info Nr. 1)

### Folgerungen aus § 8 SGB IX

**Der materielle Vorrang der Leistungen zur Teilhabe nach § 8 Abs. 2 SGB IX bedeutet, dass eine Rente nicht bewilligt werden kann, bevor die Möglichkeiten, durch Leistungen zur Teilhabe Einfluss zu nehmen, geprüft und ggf. eingesetzt worden sind** (vgl. u.a. KassKomm-Niesel § 9 SGB VI Rz. 5).

Voraussetzung bei einer Erwerbsminderungsrente ist außerdem gem. § 43 SGB VI, dass die **Erwerbsminderung** in rentenberechtigendem Umfang „**auf nicht absehbare Zeit**“ besteht. Diese **Feststellung ist erst dann möglich, wenn die Prüfung ergeben hat, dass Leistungen zur Teilhabe in absehbarer Zeit keine Änderung bewirken können oder gescheitert sind.**

**Ziel der Verfahrensregelung in § 8 Abs.1 SGB IX** ist darüber hinaus die **Früherkennung** des Bedarfs und **frühestmögliche Intervention**; es ist zu diesem Zweck trägerübergreifend und unabhängig von dem Antrag auf Rente zu prüfen, ob Leistungen zur Teilhabe voraussichtlich erfolgreich eingesetzt werden können.

Für **Gerichtsverfahren** bedeutet dies, dass auch dort geprüft werden muss, ob die Rente durch Leistungen zur Teilhabe vermieden oder der Eintritt der Erwerbsminderung verschoben werden kann, und zwar ohne Rücksicht darauf, welcher Träger zuständig wäre. Evtl. ist das Verfahren **auszusetzen**, wenn die Prüfung und Durchführung von Leistungen zur Teilhabe unterblieben oder nicht abgeschlossen ist. Es fehlt aber wohl noch die Rechtsgrundlage für eine darüber hinaus gehende Prüfung des Bedarfs an Leistungen zur Teilhabe.

### Folgerungen für Gutachtensaufträge:

**Bei der Erteilung von Gutachtensaufträgen in Rentenverfahren muss diesen Veränderungen Rechnung getragen und die Prüfung von Leistungen zur Teilhabe in den Vordergrund gestellt werden.**

Es ist **in erster Linie** zu klären, für welche Leistungen zur Teilhabe bei dem Versicherten ein Bedarf besteht.

**Erst danach** ist von Interesse, wie stark die gegenwärtige Erwerbsminderung im rentenrechtlichen Sinne ist.

Diese Reihenfolge hat zudem den Vorteil, dass die sehr **konkreten Aussagen**, die eine Prüfung von Leistungen zur Teilhabe erfordern, auch **die für das Rentenverfahren erforderliche Beurteilung erleichtern.**

**Die Struktur von Gutachten wird durch die International Classification of Functioning, Disability and Health der WHO vorgegeben. Zu prüfen sind umfassend:**

- **Funktionen** und ihre Beeinträchtigung
- Einfluss auf die **Aktivitäten**
- Auswirkungen auf die **Teilhabe** am Arbeitsleben und Leben in der Gesellschaft.

**Daraus ergibt sich folgende Abfolge der Fragestellungen:**

Welche Störungen von körperlichen, geistigen, seelischen Funktionen sind bei dem Versicherten festzustellen?

Welche Aktivitäten sind hierdurch eingeschränkt?

Wie wirkt sich dies aus auf die Erfüllung der Anforderungen am bisherigen Arbeitsplatz?

Wie wirkt sich dies aus auf die Anforderungen im bisherigen Beruf des Versicherten?

Wie wirkt sich dies aus auf andere Beschäftigungen, die der Versicherte anstrebt?

Kann eine medizinische Rehabilitation zu

- Zustandsbesserung
- Beschäftigung auf altem oder neuem Arbeitsplatz führen?

Falls medizinische Rehabilitation nicht erfolversprechend oder nicht ausreichend:

Bestehen Möglichkeiten, durch eine berufliche Rehabilitation eine Beschäftigungsfähigkeit herbeizuführen?

Falls ja, worauf sollte eine solche berufliche Rehabilitation nach dem derzeitigen Erkenntnisstand beruhen und wann sollte diese eingeleitet bzw. durchgeführt werden?

**Auf der Basis** dieser Feststellungen und Folgerungen sind die für die beantragte Leistung, z.B. Erwerbsminderungsrente, erforderlichen Feststellungen zu treffen und zu beurteilen. Für die Fragestellungen und auch vom Gutachter sollte zweckmäßigerweise das **Glossar des VDR** und der Bundesanstalt für Arbeit berücksichtigt werden.

Eine **Arbeitsgruppe** der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation entwickelt bereits detaillierte **Ablaufschemas zu den neuen Anforderungen** an eine „reha-zentrierte“ Begutachtung u.a. in Rentenverfahren.